Bund Deutscher Kriminalbeamter

"Irgendjemand muss es ja tun" – Kampf gegen Kinderpornographie - Bericht in der F.A.Z. am 15.11.2021

17.11.2021

Der Landesvorsitzende des BDK Hessen, Dirk Peglow, hatte die Gelegenheit mit Frau Katharina Iskandar von der F.A.Z. zum Thema Auswertung von Kinderpornografie und sexuellem Missbrauch sowie der Forderung des BDK Hessen nach einer Erschwerniszulage auszutauschen.

In der F.A.Z. Ausgabe vom 15.11.2021 erschien dazu ein Artikel der nachfolgend mit Genehmigung der Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH veröffentlicht werden darf.

>>Auf das Bild des Artikels klicken und es öffnet sich ein PDF-Dokument<<

F.A.Z., 15.11.2021, Titelseite Rhein-Main-Zeitung (Rhein-Main-Zeitung), Seite 33

"Irgendjemand muss es ja tun"

WIESBADEN Im Kampf gegen Kinderpornographie ist Hessen so erfolgreich wie nie. Doch die Arbeit setzt den Ermittlern schwer zu - weshalb die Polizei nun eine Forderung stellt.

Von Katharina Iskandar

Der letzte große Erfolg im Kampf gegen Kinderpornographie ist noch nicht lange her. Nicht einmal zwei Monate. 289 Ermittler durchsuchen drei Tage lang 32 Objekte von Verdächtigen. Stellen Speichermedien sicher, nehmen Mobiltelefone mit, tragen kartonweise Papiere hinaus. Einfach alles, was Aufschluss darüber geben könnte, wie groß jene Gruppe ist, die unter Verdacht steht, über sogenannte Filehosting-Dienste kinderpornographisches Material ausgetauscht zu haben. Geleitet wurde das Verfahren von der hessischen Generalstaatsanwaltschaft in Zusammenarbeit mit dem Landeskriminalamt.

Doch die wahre Arbeit beginnt erst nach den Durchsuchungen: Das Material muss ausgewertet werden. Beamte werden es sich ansehen müssen. Sequenz für Sequenz. Das ist fast nicht zu ertragen. In diesem Fall wurden Säuglinge und Kleinkinder "schwer missbraucht". Das ist die polizeiliche Formulierung für "vergewaltigt". Immer wieder berichten Beamte, man könne diese Bilder kaum aushalten. Eigentlich nur, indem man das, was dort geschehe, "als Mensch" versuche auszublenden. Und nur Ermittler sei. Es sei schließlich die Aufgabe, die Täter zu finden, damit sie sich vor einem Gericht verantworten. Dazu müsse man an das Material. Und dann fällt oft dieser Satz: Irgendjemand müsse es ja tun.

In Hessen sind es die Beamten der BAO Fokus. Einer speziellen Ermittlungsgruppe, die eng mit der Zentralstelle zur Bekämpfung von Internetkriminalität der Generalstaatsanwaltschaft zusammenarbeitet. Seit Oktober 2020 besteht die Einheit. "Fokus" steht für "Fallübergreifende Organisationsstruktur gegen Kinderpornografie und sexuellen Missbrauch von Kindern". Angesiedelt ist die Stelle im hessischen Landeskriminalamt in Wiesbaden, inzwischen gibt es Unterabteilungen in allen hessischen Polizeipräsidien - mit insgesamt 156 Ermittlern.

Die Beamten arbeiten still ihre Verfahren ab, sie machen kein großes Thema aus dem, was sie sich täglich zumuten müssen. Gerade über ihre Arbeit beziehungsweise über das, was sie leisten, ist nun jedoch eine Diskussion aufgekommen. Der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) fordert vom Land Hessen für diese Beamten mehr Geld in Form einer Zulage. Konkret wünscht sich die kriminalpolizeiliche Vertretung 150 Euro mehr für Beamte, die im Bereich Kinderpornographie tätig sind. Zulagen gibt es bei der Polizei auch in anderen Abteilungen mit besonders belastenden Tätigkeiten. So etwa bei den Spezialeinheiten oder der Mordkommission.

Der Landesvorsitzende des BDK, Dirk Peglow, verweist auf Regelungen in Nordrhein-Westfalen, wo den Kinderpornographie-Ermittlern seit einigen Monaten schon mehr Geld gezahlt wird. Es sei "erstaunlich, dass die Einführung einer Zulage in Höhe von monatlich sogar 300 Euro beim nordrhein-westfälischen Innenminister offenbar kein Problem war", sagt Peglow. In Hessen vermisst er entsprechende Bemühungen. "Die Kolleginnen und Kollegen, die sich täglich damit befassen müssen, dass Kindern unvorstellbares Leid angetan wird, haben mehr Wertschätzung verdient als die immer wieder vorgetragenen Lippenbekenntnisse der polizeilichen und politischen Führung." Peglow verweist zudem auf die Arbeitsbelastung durch eine starke Zunahme der Fallzahlen. Der Anstieg bei der Kinderpornographie sei besorgniserregend. "Keiner von uns weiß, welche gesundheitlichen Langzeitfolgen es hat, wenn sich Beamte über einen längeren Zeitraum diesen Bildern und Videos aussetzen müssen."

Tatsächlich ist die Zahl der Kinderpornographie-Verfahren in Hessen gestiegen. Die jüngste Kriminalstatistik für 2020 wies 1449 Fälle aus. Das sind 44,5 Prozent mehr als noch im Vorjahr. Die Zahl könnte nun abermals steigen, denn durch die Arbeit der BAO Fokus wurden allein in diesem Jahr mehrere größere Ermittlungsverfahren angestoßen.

Das Innenministerium weiß um den Wunsch nach einer Zulage - und ist nicht abgeneigt, sieht aber einen anderen zeitlichen Rahmen. Es hat schon Gespräche zwischen Innenminister Peter Beuth (CDU), dem BDK und Beamten der BAO Fokus gegeben. Bisher ohne Ergebnis. Ein Sprecher des Ministeriums sagt auf Anfrage, die Forderungen seien bekannt, das Anliegen werde auch geprüft. Man werde sich wohl erst das gesamte Zulagenwesen anschauen müssen, bevor über einzelne weitere Zahlungen entschieden werden könne. "Aber wer besonders belastet ist und Besonderes leistet, muss dann auch bedacht werden." Dem Bund Deutscher Kriminalbeamter geht das jedoch nicht schnell genug.

Anfang Oktober, ein Jahr nach Gründung der BAO Fokus, hatte Innenminister Beuth eine umfassende Bilanz vorgelegt. Er sagte, der Kampf gegen Kinderpornographie habe in Hessen "höchste Priorität". Es wurden rund 1300 Durchsuchungen vorgenommen, 18 Haftbefehle vollstreckt und 22 663 Datenträger sichergestellt. Etwa 780 Beschuldigte haben die Beamten ermittelt. Ihnen wird entweder vorgeworfen, selbst Kinder missbraucht zu haben, oder sie sollen Kinder- und Jugendpornographie ausgetauscht haben. "Wer Kinder sexuell missbraucht, muss mit der gesamten Macht des Staates kompromisslos bekämpft werden", so Beuth.

Demnächst sollen Straftäter noch einfacher identifiziert werden können. Das hessische Landeskriminalamt und das Präsidium für Technik entwickeln zurzeit gemeinsam eine Forensikplattform, um die Bekämpfung von Kinderpornographie weiter zu verbessern. Vier Millionen Euro stehen für das Programm zur Verfügung. Ausgewertet werden müssen die Daten, die bei Durchsuchungen von Beschuldigten sichergestellt werden, aber weiterhin. Von leibhaftigen Polizisten.

Alle Rechte vorbehalten. © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

Dirk hat gegenüber Frau Iskander die Forderung einer Zulage in Höhe von 150 Euro für Kolleginnen und Kollegen im Bereich Auswertung von Kinderpornographie wiederholt.

Unter dem nachfolgenden Link kann man einen ausführlichen Bericht zum Thema „Erschwerniszulage für Beschäftigte der Polizei Hessen, die in der Sachbearbeitung im Bereich Kindesmissbrauch und Kinderpornografie eingesetzt sind“ veröffentlich am 11.08.2021 auf unserer Website nachlesen:

https://www.bdk.de/der-bdk/was-wir-tun/aktuelles/mitgliederbereich/bdk-hessen-fordert-erschwerniszulage-fuer-sachbearbeiter-innen-in-der-auswertung-von-kinderpornografie-und-sexuellem-missbrauch-antwort-von-minister-beuth-unzureichend

Schlagwörter
Hessen Kriminalitätsbekämpfung
diesen Inhalt herunterladen: PDF